

## OGBL fordert ehrgeizige Sozialpolitik

„Die Situation der Staatsfinanzen ist gesund“, betont die Gewerkschaft OGBL. Eine zuversichtliche Auffassung, die mit folgenden Aspekten untermauert wird: Im Gesamtstaat stelle die Regierung einen Überschuss von 333 Millionen Euro in Aussicht, die Staatschuld bleibe unter der 30-Prozent-Marke und das Land verzeichne hohe Wachstumsraten. Dementsprechend fordert die Gewerkschaft eine ehrgeizige Sozialpolitik. „Die Regierung sollte in den letzten zwölf Monaten ihrer Amtszeit die finanzielle Margen nutzen, um weitere sozialpolitische Maßnahmen zu gewährleisten“, heißt es in einem Presseschreiben. Konkret wirbt der OGBL für eine höhere Teuerungszulage, eine Anhebung des Mindestlohns um zehn Prozent, höhere Rentenbezüge, regelmäßige finanzielle Verbesserungen bei den Familienzulagen, eine steuerliche Entlastung für Mindestlohnbezieher, Schutzmaßnahmen bei Firmenpleiten sowie eine Anpassung der Steuertabellen an die Inflation. Eine großzügige Haltung wird aber nicht von allen Beobachtern bevorzugt. So sieht der unabhängige „Conseil national des finances publiques“ eher einen geringen Spielraum. Die Finanzexperten haben vor teuren Sozialversicherungssystemen gewarnt, die mittelfristig dem Land das Genick brechen. Die Renten, die Pflegeversicherung und der Gesundheitsbereich würden hohe Verpflichtungen nach sich ziehen. „Wenn wir es mit der Generationengerechtigkeit ernst meinen und die Lasten gleichmäßig verteilt werden sollen, muss sofort gegengesteuert werden“, hat der CNPF unlängst empfohlen. BB

## CNS: 2 000 Anfragen für Online-Auszüge

Die Gesundheitskasse setzt verstärkt auf eine papierlose Kommunikation: Neuerdings können die Versicherten ihre Auszüge über Rückerstattungen auch in einem elektronischen Format beziehen – und nicht nur in klassischer Papierform per Post. Rund 2 000 Personen haben innerhalb von zwei Wochen Interesse für den digitalen Behördenkontakt bekundet und sich auf der staatlichen Internetplattform Myguichet.lu angemeldet. Bei der digitalen Verwaltung geht es darum, den bürokratischen Austausch mit den Bürgern zu vereinfachen. Doch digital bedeutet nicht, dass alles einfacher und schneller vonstatten geht. Die Facharbeiter der CNS benötigen weiterhin Zeit, um die Arzthonorare zu überprüfen und anschließend Abrechnungen zu erstellen. Der Arbeitsaufwand bleibt hoch. „Der neue Service spart sicherlich Papier und Briefmarken. Aber für den personellen Bedarf macht es keinen Unterschied“, sagt eine Sprecherin der CNS. Im Schnitt liegt die Wartezeit für nationale medizinische Auslagen „zwischen zwei und vier Wochen“. Für Behandlungen im Ausland kann es „bis zu drei Monate dauern, weil die Angaben näher überprüft werden müssen“. Die Versicherten müssen also auch im digitalen Zeitalter einige Geduld aufbringen. BB



Yanacocha im Norden von Peru ist die größte Goldmine Lateinamerikas. Der Bergbau hat massive Umweltschäden verursacht. (FOTO: GETTY IMAGES)

# David gegen Goliath

Warum der Kampf einer Peruanerin gegen einen mächtigen Konzern auch Luxemburg etwas angeht

VON MICHÈLE GANTENBEIN

**Nélida Ayay Chilón weiß um die Skrupellosigkeit vieler Großkonzerne. In ihrer Heimat, im Norden von Peru, leidet die Bevölkerung unter Umweltschäden durch den Bergbau. Wer sich auflehnt, riskiert sein Leben. Das muss aufhören, fordern Menschenrechtsorganisationen.**

Nélida Ayay Chilón ist auf Einladung der Nichtregierungsorganisation ASTM für einen Kurzaufenthalt nach Luxemburg gereist. Sie ist gekommen, um aus ihrem Land zu erzählen. In ihrer Heimat, der nordperuanischen Provinz Cajamarca, wird seit einem Vierteljahrhundert Gold abgebaut. Mit verheerenden Folgen für Mensch und Natur. Das geht auch Luxemburg etwas an, denn Luxemburg ist, wie viele andere Länder des Nordens, Sitz zahlreicher multinationaler Unternehmen. Was sie im Süden anrichten, darf dem Norden nicht egal sein, sagen die Verantwortlichen von „Action Solidarité Tiers Monde“.

### Vergiftetes Wasser

Betrieben wird die größte Goldmine Lateinamerikas von Minera Yanacocha, einer Tochtergesellschaft der US-amerikanischen Aktiengesellschaft Newmont Mining. Beim Abbau werden Unmengen Wasser verbraucht und giftige Substanzen, zum Beispiel Zyanid, verwendet. Das Zyanid kontaminiert die Umwelt in hohem Maße. Die Bevölkerung und die Tiere haben kaum sauberes Trinkwasser. „Das Unternehmen respektiert weder Umweltschutzbestimmungen noch Menschenrechte“, erzählt die 33-Jährige, die für die Rechte der Landbevölkerung kämpft.

Wohin der Widerstand gegen mächtige Unternehmen wie Newmont Mining führen kann, zeigt eine Episode aus dem Jahr 2007, als die Bauern bei den Firmenverantwortlichen um Erklärungen für den hohen Wasserverbrauch ba-

ten. „Doch vom Konzern ist niemand gekommen“, berichtet Nélida. „Also sind wir mit über 300 Bauern zur Firma gegangen, doch es hat sich niemand blicken lassen.“

Als die Bauern aus Protest die Straße blockierten, schickte das Unternehmen die Polizei und die eigenen Sicherheitskräfte los. „Sie haben Tränengas eingesetzt und Warnschüsse abgegeben“, erinnert sich Nélida.

Der Protest zog sich bis zum Abend hin. Gegen 18 Uhr kam die Staatsanwaltschaft. „Sie hat Namen aufgeschrieben und mit Hilfe des Unternehmens 33 Bauern festgenommen. Aber wir haben weiter demonstriert, damit sie nicht eingesperrt werden“, erzählt die Menschenrechtlerin.

### Konzern will Aktivitäten ausbauen

Als das Unternehmen vor einigen Jahren ankündigte, seine Aktivitäten zu erweitern, regte sich erheblicher Widerstand bei der Bevölkerung. Nélida weiß, dass das Unternehmen so weitermachen wird wie bisher. „Die Firma wird nichts ändern und die Umwelt weiter schädigen.“

Im Widerstand gegen die Übermacht des Bergbauunternehmens wurde eine indigene Landrätin zum Hoffnungsträger für die peruanische Landbevölkerung: Máxima Acuña. Sie besitzt ein 25 Hektar großes Grundstück in dem Gebiet, wo das Unternehmen seine Aktivitäten ausbauen möchte.

### Landwirtin gibt nicht auf

Weil Máxima Acuña ihr Land nicht verkaufen wollte, geriet sie zunehmend unter Druck. Ihr Haus wurde angezündet, Familienmitglieder zusammengeschlagen. „2011 hat das Unternehmen versucht, sie zu enteignen“, erzählt Nélida. Das Unternehmen verklagte sie wegen illegaler Aneignung eines Firmengrundstücks. Die Landwirtin konnte die Besitzurkunde vorweisen, dennoch wurde sie in erster Instanz zu einer

Freiheitsstrafe von drei Jahren und einer Entschädigung von 2 000 US-Dollar verurteilt. Sie ging in Berufung. Nach zwei weiteren Prozessen wurde sie im April 2017 endgültig freigesprochen.

„Máxima Acuña hat gewonnen, dennoch lässt das Unternehmen sie nicht in Ruhe“, sagt Nélida. Die Firma ließ einen Zaun um das Grundstück errichten, um ihr den Zugang zu versperren. „Letztes Jahr sind die Sicherheitskräfte nachts auf das Grundstück gestiegen und haben die Kartoffelsaat vernichtet“, erzählt Nélida.

Die Menschenrechtlerin kämpft entschlossen gegen die Erweiterung der Aktivitäten in ihrer Heimat. Noch hat das Projekt nicht

nahmefall. In der Regel ist die Bevölkerung der Skrupellosigkeit der multinationalen Konzerne schutzlos ausgeliefert.

Das Problem in diesen Ländern sind die rechtsfreien Räume. „Die Macht der multinationalen Konzerne im Verhältnis zur Macht der Staaten ist in den letzten 20 Jahren enorm gewachsen“, erklärt Dietmar Mirkes, ASTM-Verantwortlicher für Klima-Impakt-Fragen im Globalen Süden. „Die Umsätze der weltweit zehn größten Unternehmen waren 2016 so hoch wie die Summe aller Steuereinnahmen der 180 ärmsten Länder der Welt. Das gibt den Konzernen die Möglichkeit zu Korruption und Einflussnahme“, so Mirkes. Das geht so weit, dass Staaten zu Komplizen werden. Einem Bericht von Global Witness zufolge habe sich die Zahl der ermordeten Menschenrechts- und Umweltaktivisten in den letzten fünf Jahren auf über 200 verdoppelt, so der Experte für Umweltfragen. In den meisten Fällen würden die Morde von den Konzernen bzw. den Staaten in Auftrag gegeben.

### Luxemburg in der Pflicht

Über 85 Prozent der multinationalen Unternehmen haben ihren Sitz in den nördlichen Ländern. Die ASTM sieht diese Länder in der Pflicht, Konzerne für ihre Handlungen zur Verantwortung zu ziehen, auch in Bezug auf ihre Wertschöpfungskette. „Die Situation fordert uns auf, zumindest das zu tun, was wir tun können“, fordert Mirkes. „Luxemburg muss einen verbindlichen Rechtsrahmen für Unternehmen schaffen, der sie verpflichtet, Verstöße gegen Menschen- und Umweltrechte vorzubeugen und für entstandene Schäden geradzustehen.“ Dass Handlungsbedarf besteht, zeige ein Bericht des EU-Parlaments, in dem Unternehmen angeklagt werden, an Landraub im Süden beteiligt zu sein, darunter auch die in Luxemburg ansässigen Unternehmen Adecoagro, Socfin und Clearstream.



(FOTO: ASTM)

„Sie haben Tränengas eingesetzt und Warnschüsse abgegeben.“

Nélida Ayay Chilón

begonnen. Nélida befürchtet aber, dass es 2021 losgehen könnte, sobald die Erkundungsphase abgeschlossen ist. Es ist ein Kampf David gegen Goliath.

Für ihren Widerstand wurde Máxima Acuña 2016 mit dem Goldman-Umweltpreis ausgezeichnet. Doch sie bleibt ein Aus-